

Medizinisches Publizieren als Politikum

Zur Entstehungsgeschichte der Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ in der SBZ/DDR

Marie Teitge
Ekkehardt Kumbier
Berlin / Rostock

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) die Neugründung von Fachzeitschriften vorangetrieben, um sich gegenüber den anderen Besatzungsmächten zu profilieren. Im Gegensatz zu den westlichen Besatzungszonen gab es in der SBZ für den Fachbereich der Psychiatrie und Neurologie kein eigenes Publikationsorgan. Dort existierten die Zeitschriften „Der Nervenarzt“ und „Fortschritte der Neurologie, Psychiatrie und ihrer Grenzgebiete“, die nach kriegsbedingter Unterbrechung wieder regelmäßig erschienen.

Um eine konkurrenzfähige Zeitschrift ins Leben zu rufen, entstand 1949 die Fachzeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“, die über den gesamten Zeitraum des Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) existierte und die einzige für diese Fachbereiche blieb.¹ Sie fungierte ab 1960 auch als Mitteilungsorgan der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie und ab 1961 der Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie in der DDR. Von Beginn an zeigte sich die politische Verflechtung u.a. in der personellen Auswahl von Herausgebern und Redaktionsleitern sowie der engen Verzahnung zwischen der Fachgesellschaft und der Schriftleitung der Fachzeitschrift. Im Folgenden wird die Entstehungsgeschichte der Zeitschrift unter Berücksichtigung der politischen Rahmenbedingungen betrachtet.

¹ siehe zur Geschichte dieser Fachzeitschrift ausführlich Teitge (2013) und Teitge/Kumbier (2015)

Die Vorbereitungen und der Beginn

Der erste Herausgeber der neu zu gründenden Fachzeitschrift sollte der international bekannte Psychiater und Neurologe Karl Bonhoeffer² (1868–1948) werden. Er verstarb jedoch kurz vor Erscheinen der ersten Ausgabe. Gemeinsam mit Bonhoeffer hatte sich auch Wladimir Lindenberg³ (1902–1997) für die Etablierung einer Fachzeitschrift für Psychiatrie und Neurologie auf dem Gebiet der SBZ eingesetzt (Haaß 2002, Kasack 1987).

Jede zur Neuerscheinung geplante Zeitschrift musste durch die SMAD genehmigt werden.⁴ Die Befugnis, eine solche Zeitschriftenlizenz zu beantragen, oblag allerdings nur denjenigen Verlagen, die selbst den Vorgang der Lizenzierung durchlaufen oder aber zumindest beantragt hatten. Im Rahmen des Lizenzierungsvorgangs wurden die wesentlichen Vorarbeiten von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung (DVV) geleistet, während die eigentliche Vergabe der Zeitschriften- und Verlagslizenzen durch die Verwaltung für Propaganda der SMAD erfolgte (Jütte 1999).

Angesichts der besonderen Schwierigkeiten in den Zeiten des Umbruchs und Neubeginns schlossen sich einige medizinisch ausgerichtete Verleger auf dem Gebiet der SBZ zu einer „Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage“ (AG med. Verlage)⁵ zusammen. Diese wurde zu Beginn des Jahres 1946 durch die SMAD lizenziert. Zu den fünf Gründerverla-

² Bonhoeffer leitete von 1912 bis zu seiner Emeritierung 1938 die Psychiatrische und Nervenkllinik der Berliner Charité und wurde dort 1946 als ordentlicher Professor reaktiviert (Neumärker 2008).

³ Der in Moskau geborene Deutschrusse hatte in Bonn Medizin studiert, war danach dort u.a. am Institut für klinische Psychologie tätig und betreute eine Station für Hirnverletzte (Kasack 1987). Auf Grund des Paragraphen 175 wurde Lindenberg 1936 verhaftet, im Konzentrationslager von Neustrom interniert und die Approbation entzogen (BA R 55/ 20907: Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (1933–45): Abteilung Zeitschriftenpresse: Grundsatzfragen der Stellung des Redakteurs Wladimir Lindenberg). 1945 wurden Lindenberg von den alliierten Streitkräften Approbation und Doktorgrad wieder zuerkannt (Borchard 1999). Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) wollte ihn für die neu geschaffene Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen gewinnen.

⁴ SMAD-Befehl Nr. 19, 2. August 1945: Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der Verlage und Druckereien; SMAD-Befehl Nr. 90, 17. April 1947: Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren, Plakaten und anderen Drucksachen in der SBZ

⁵ Zum Zeitschriftenwesen in der DDR und insbesondere der „Macht der Institutionen“ während der Zuständigkeit der SBZ vgl. Holzweißig (1999) und Jütte (1999). In „Das Schicksal der DDR-Verlage – Die Privatisierung und ihre Konsequenzen“ stellt Links (2010) u.a. die Geschichte der Verlage während des Bestehens der DDR dar.

gen gehörten Johann Ambrosius Barth (Leipzig), Dr. Werner Saenger (Berlin), Theodor Steinkopff (Dresden), Georg Thieme (Leipzig) und der Verlag Deutsches Hygiene-Museum GmbH (Dresden). Der Salomon Hirzel Verlag (Leipzig) war der Verlagsgemeinschaft innerhalb des ersten Vierteljahres des Bestehens beigetreten, nachdem zuvor auch der Verlag Gustav Fischer (Jena) hinzugekommen war.⁶ Die neu zu gründende Zeitschrift sollte in dem in Leipzig ansässigen Hirzel Verlag angesiedelt werden. Dieser reichte im März 1947 den Lizenzantrag bei der AG med. Verlage ein, über die der Kontakt zur SMAD hergestellt wurde.⁷

Das Bestreben seitens der SMAD, neue medizinische Fachzeitschriften zu etablieren, lässt sich anhand der Akten aus der Deutschen Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen (DZVG) nachvollziehen. In einem Bericht der AG med. Verlage vom 31. Januar 1947 wurden die medizinischen Zeitschriften in den verschiedenen Zonen mit den jeweiligen Auflagenzahlen zusammengestellt und festgehalten, dass

„nach Lage der Dinge [...] der Vorsprung der medizinischen Zeitschriften in der amerikanischen Zone nur aufgeholt werden [kann, d. V.], wenn

- a) die Auflagen der bereits bestehenden medizinischen Zeitschriften in dem von uns vorgeschlagenen Umfang erhöht werden,
- b) neue Zeitschriftenlizenzen für weitere Fachgebiete der Medizin ohne Zeitverlust erteilt werden,
- c) die Gesamtproduktion dieser Zeitschriften durch regelmässige Papierzuweisungen sichergestellt wird.“⁸

Tatsächlich sah es zunächst danach aus, dass die Lizenz für die neue Zeitschrift rasch erteilt werden würde. Bereits einen Monat nach Antragstellung meldete die AG med. Verlage an Lindenberg, dass die hauptverantwortlichen Redakteure einen sogenannten „Politischen Fragebogen“ beantworten sollten.⁹ Die Einstufung dieser persönlichen Angaben als unbedenklich im Sinne des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 war eine der Voraussetzungen für die Erteilung einer Druckgenehmigung (Jütte 1999). Während aber Verleger und spätere Herausgeber intensiv an

⁶ Bundesarchiv Berlin DQ 1/6: Deutsche Zentralverwaltung für Gesundheitswesen (1945–48), Hauptverwaltung Gesundheitswesen der Deutschen Wirtschaftskommission (1948–49), Ministerium für Gesundheitswesen (1949): Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage (1946–48)

⁷ Bundesarchiv Berlin DQ 1/308: Deutsche Zentralverwaltung für Gesundheitswesen (1945–48), Hauptverwaltung Gesundheitswesen der Deutschen Wirtschaftskommission (1948–49), Ministerium für Gesundheitswesen (1949): Zeitschrift für Psychiatrie, Neurologie und klinische Psychologie

⁸ Bundesarchiv Berlin DQ 1/6, Bl. 82

⁹ Bundesarchiv Berlin DQ 1/308

den Vorbereitungen der ersten Hefte arbeiteten, wurde die Ausgabe der Lizenz durch die SMAD mit der Begründung aufgeschoben, dass die vorhandene Mangelversorgung auf dem Papiermarkt ein monatliches Erscheinen der Zeitschrift unmöglich mache.

Auch durch Lindenberg und Bonhoeffer unternommene Versuche, in persönlichen Gesprächen mit den zuständigen Majoren der Pressestelle der SMAD eine Sonderlizenz zu erwirken, schlugen fehl. Man teilte ihnen mit, dass fünf andere zur Lizenzierung eingereichte Zeitschriften mit gleicher Dringlichkeit zu bearbeiten seien.¹⁰ Für die Verantwortlichen der neu zu gründenden Zeitschrift war jedoch ein zeitnahes Erscheinen notwendig: Man wollte sich frühzeitig, am besten vor Wieder- bzw. Neuer-scheinen anderer Zeitschriften auf dem Gebiet der Psychiatrie und Neurologie, etablieren. Es wurde „von vornherein [angestrebt], mit einem größeren namhaften Mitarbeiterstab“ aufzutreten, so dass man „die Konkurrenz mit dem ‘Nervenarzt’ nicht zu scheuen“ hatte.¹¹ Zu diesem Zweck sollten namhafte Fachleute aus den westlichen Besatzungszonen für die Schriftleitung gewonnen werden.

Der Versuch, Viktor von Weizsäcker (1886–1957) zu gewinnen, schlug fehl. Weizsäcker begründete seine Ablehnung mit der Übergabe seiner Verantwortlichkeit als Klinikleiter an Paul Vogel (1900–1979) und verwies auf diesen. Vogel erklärte sich grundsätzlich zur Mitarbeit bereit, lehnte aber aufgrund zahlreicher anderer Verpflichtungen ab, Aufgaben in der Redaktion zu übernehmen.¹² Der Posten des westlichen Schriftleiters blieb letztendlich unbesetzt.

Lindenberg baute darüber hinaus zahlreiche Verbindungen zu Fachkollegen in allen Besatzungszonen auf, um sie als Autoren zu gewinnen. Er erhielt einen großen Rücklauf von Artikeln, so dass sich vor Erscheinen der ersten Ausgabe bereits Material für mehr als vier Hefte angesammelt hatte. Gleichzeitig musste er befürchten, dass das Interesse der potentiellen Autorenschaft deutlich zurückginge, wenn sich die Herausgabe der Zeitschrift immer weiter verzögern würde. Der Verlag sorgte sich vor allem darum, die schon bis November 1947 gemeldeten 1.400 Abonnenten zu verlieren.¹³

Zu weiteren Verzögerungen kam es durch die Lizenz betreffende Änderungs-wünsche, die in einer Abwandlung des zuvor eingereichten Titels sowie der Benennung eines weiteren Chefredakteurs bestanden. Alexand-

¹⁰ Ebd.

¹¹ Ebd., Bl. 337

¹² Bundesarchiv Berlin DQ 1/308

¹³ Ebd.

er Mette (1897–1985), der zu diesem Zeitpunkt auch Chefredakteur der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen“ war, wurde Ende 1948 an Stelle Lindbergs eingesetzt.¹⁴ Die Gründe dafür sind nicht bekannt.

Fast zwei Jahre nach dem Einreichen des Lizenzantrags erschienen im Januar 1949 die ersten beiden Hefte der Zeitschrift. Die Zeitschrift wurde fortan im monatlichen Turnus herausgegeben. Bis 1990 musste jährlich eine erneute Genehmigung eingeholt werden, wobei die von der SMAD erteilten Lizenzen in der DDR ihre Gültigkeit verloren. Zwei Jahre nach der Staatsgründung wurden 1951 sämtliche in der SBZ vergebenen Lizenzen eingezogen, überprüft und in reduzierter Zahl vom nun zuständigen Amt für Literatur und Verlagswesen neu erteilt (Jütte 1999). Nach Inkrafttreten der „Verordnung über die Herausgabe und Herstellung aller periodisch erscheinenden Presseerzeugnisse“ (1963) wurde die Lizenz für „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ durch das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates ausgegeben (Gesetzblatt 1962).

Die Auswahl der Herausgeber und die Gründung eines Redaktionskollegiums

Alexander Mette, seit 1946 stellvertretender Landesdirektor des Landesgesundheitsamtes Thüringen,¹⁵ übernahm die Herausgeberschaft der Zeitschrift. Mette bekleidete zahlreiche politische Ämter: 1950 wurde er Mitglied der Volkskammer der DDR, 1956 Leiter der Hauptabteilung Wissenschaft im Ministerium für Gesundheitswesen (MfG), von 1958 bis 1963 war er Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der SED. Zudem war er als Vorstandsmitglied in der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR und in der Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie der DDR aktiv.

Der Nervenarzt und Psychoanalytiker Mette hatte sich von der Psychoanalyse Sigmund Freuds (1856–1939) ab- und den von politischer Seite propagierten Konzepten Pawlows zugewandt¹⁶ (Bernhardt/Lockot

¹⁴ Bundesarchiv Berlin DQ 1/36: Deutsche Zentralverwaltung für Gesundheitswesen (1945–48), Hauptverwaltung Gesundheitswesen der Deutschen Wirtschaftskommission (1948–49), Ministerium für Gesundheitswesen (1949): Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und –büchern, Schriftwechsel über Themen und Genehmigungen, Bl. 365

¹⁵ BStU, MfS, AIM, Nr. 2180/91. A. Mette.

¹⁶ Mette wie auch Müller-Hegemann propagierten den sogenannten Pawlowismus. In den 1950er Jahren sollten sich Wissenschaft und Lehre stärker am sowjetischen Vorbild orientieren. Die Werke Pawlows wurden einseitig ausgelegt und die Errungenschaften der sowjetischen Psychiatrie und Neurologie herausgestellt (vgl. auch Busse 1998).

2000). Mette bekannte sich zu diesem einseitig ausgerichteten Psychiatrieverständnis nicht nur in seiner Funktion als Mitglied der Staatlichen Pawlow-Kommission, sondern sorgte als Herausgeber auch entscheidend für die einseitige Rezeption der Lehre Iwan Petrowitsch Pawlows (1849–1936) in der Fachzeitschrift – zumindest im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens. Dass dieses Vorgehen den Erwartungen der zuständigen politischen Instanzen entsprach, zeigt ein Dokument des Ministeriums für Gesundheitswesen aus dem Jahre 1958. Dort wurde vermerkt:

„In ‚Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie‘ ist eine ideologische Auseinandersetzung mit der Psychiatrie und medizinischen Psychologie der kapitalistischen Länder begonnen und unter Einreichung recht zahlreicher Artikel aus der UdSSR und den Volksdemokratien weiterentwickelt worden.“¹⁷

Im Jahre 1959 wurde das Herausgebergremium um Karl Leonhard¹⁸ (1904–1988) und Diefried Müller-Hegemann (1910–1989) erweitert, begründet mit dem zunehmendem Arbeitsaufkommen in der Redaktion (Leonhard et al. 1959). Den Posten des Schriftleiters übernahm Müller-Hegemann. Mette gehörte der Redaktion noch bis zu seinem Ruhestand 1967 an. Wie Mette hatte auch Müller-Hegemann¹⁹ zahlreiche Funktionen in Politik und Wissenschaft inne. Zeitweise war er Leiter der Hauptabteilung Wissenschaft im Ministerium für Gesundheitswesen und von 1952 bis 1954 Bezirkstagsabgeordneter in Leipzig sowie Mitglied der SED-Kreisleitung Leipzig.²⁰ 1957 erhielt er das Ordinariat für Psychiatrie und Neurologie der Universitätsnervenklinik Leipzig, das er bis 1964 innehatte (Wendt 1970). Aus der Redaktion der Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ schied Müller-Hegemann aus, nachdem er 1971 die DDR verlassen hatte.²¹

¹⁷ BA DQ 1/22942: Deutsche Zentralverwaltung für Gesundheitswesen (1945–48), Hauptverwaltung Gesundheitswesen der Deutschen Wirtschaftskommission (1948–49), Ministerium für Gesundheitswesen (1949): Kontingentierung wissenschaftlicher Literatur aus Westdeutschland und anderen westlichen Ländern, Bl. 13

¹⁸ Leonhard war 1955 einem Ruf in die DDR an die Nervenklinik der neu gegründeten Medizinischen Akademie Erfurt gefolgt. 1957 wurde er an die Universitätsnervenklinik der Berliner Charité berufen, deren Direktor er bis zu seiner Emeritierung 1970 war. Bis 1969 fungierte er als Vorsitzender der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie in der DDR, und auch in der Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie war er Mitglied des Vorstandes (vgl. Neumärker 2008).

¹⁹ Müller-Hegemann war außerdem Mitbegründer der Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie in der DDR und wurde deren erster Vorsitzender. Zudem war er Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie in der DDR (Steinberg / Weber 2011).

²⁰ BStU, MfS, AP, Nr. 33.192/92. D. Müller-Hegemann

²¹ Ebd.

Im gleichen Jahr hatte eine Konferenz in der Sonderschule des ZK der SED in Brandenburg stattgefunden, an der auch alle der SED angehörigen Professoren und Lehrstuhlinhaber der Fachbereiche Psychiatrie und Neurologie²² teilnahmen. Anlass für die Einberufung der Konferenz waren „ernste Mängel, insbesondere in der Weiterentwicklung der ideologischen Grundlagen des psychiatrischen Fachgebietes in der DDR“, die das Politbüro in seiner Analyse über die Situation im Gesundheitswesen festgestellt hatte.

Im Zentrum der Kritik standen dabei die „Arbeit der wissenschaftlichen Leitung [...], der Gesellschaft für Neurologie und Psychiatrie und insbesondere wiederum deren Vorstand sowie die Herausgeber [...] der Fachzeitschrift“. Den führenden Fachvertretern wurde eine „mangelnde marxistisch-leninistische Fundierung der Forschung“ vorgeworfen. Außerdem hätten sie „idealistische Konzepte verbreitet sowie eine ‘gesamtdeutsche Psychiatrie’ ohne Nationalstolz“ vertreten (Süß 1998: 323–327). Besonders hart wurde Müller-Hegemann angegriffen. Wenige Monate später verließ er die DDR und beschrieb die Vorgänge um die stattgehabte Konferenz retrospektiv als Auftakt neuerlicher „staatliche[r] Ideologisierung“.²³

Nachdem Müller-Hegemann aus der Redaktion ausgeschieden war, wurden die Neuausrichtung und die damit einhergehende politisch motivierte Umstrukturierung der Redaktion vorangetrieben. Eine Arbeitsgruppe, der u.a. der Leiter des Generalsekretariats der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften beim Ministerium für Gesundheitswesen, Lothar Rohland (geb. 1929), angehörte, hatte eine Konzeption zur inhaltlichen Orientierung, Gestaltung und Redaktion der Zeitschrift erarbeitet. In dieser heißt es u.a., dass die

„inhaltliche Gestaltung und redaktionelle Leitung geeignet sein [muss], einen wesentlichen Beitrag zur Diskussion und Klärung wichtiger Grundfragen des Fachgebietes in der DDR zu leisten und hierdurch insbesondere durch die Behandlung ideologischer Grundfragen des Faches zu seiner ideologischen Weiterentwicklung beizutragen.“²⁴

Zudem wurde festgelegt, dass die Redaktion zukünftig unter Leitung eines Chefredakteurs steht, dem vier Stellvertreter für die Bereiche Psychi-

²² Nähere Angaben dazu finden sich in Süß (1998), die sich auf einen IM-Bericht über eine „Konferenz zu Fragen der ideologischen Situation in den Fachgebieten Psychiatrie/Neurologie und Psychologie“ bezieht.

²³ BStU, MfS, AP, Nr. 33.192/92, Bl. 83

²⁴ Historisches Archiv des Asklepios Fachklinikums Brandenburg: HAB, 02.3/054, Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“, Schriftwechsel Dr. Siegfried Schirmer 1967–1972, unpag.

atrie, Neurologie, Kinderneurologie und -psychiatrie sowie Psychotherapie und der Redaktionssekretär zur Seite stehen. Zu Beginn des Jahres 1972 wurde ein Redaktionskollegium gegründet, dem Heinz A. F. Schulze (1922–2015) als Chefredakteur vorstand.²⁵ Leonhard als bisheriger Herausgeber war von nun an Mitglied des Redaktionskollegiums. Das galt auch für die Vorsitzenden der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR, Helmut Rennert (1920–1994), und der Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie der DDR, Christa Kohler (1928–2004) (Leonhard et al. 1972). Kohler und Schulze hatten bereits der erwähnten Arbeitsgruppe angehört.

Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der zuvor genannten politischen Vorgaben zu sehen. Der Koordinierungsrat der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR war bestrebt, die Verzahnung zwischen der jeweiligen Fachgesellschaft und der Fachzeitschrift auszubauen (Rohland/Spaar 1973). Der neue Chefredakteur Schulze hatte nach seiner Ausbildung am Institut für Hirnforschung bei Oskar (1870–1959) und Cécile (1875–1962) Vogt die Abteilung für klinische Neuroanatomie und Gehirnpathologie an der Charité aufgebaut und geleitet. 1964 trat er in die SED ein und gehörte der Abteilungsparteiorganisation (APO) der SED-Leitung der Nervenlinik der Charité an.²⁶ 1971 wurde Schulze Vorsitzender der Berliner Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie, ab 1974 leitete er die DDR-Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie (Anonymous 1975). Nach Karl Seidels (geb. 1930) Ausscheiden übernahm er 1978 das Direktorat der Nervenlinik der Charité (Anonymous 1978). 1979 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden der Gesellschaft für Neuropathologie gewählt (Anonymous 1979).

Für die Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ erfüllte Schulze damit alle Voraussetzungen, den „Anforderungen an ein hohes fachliches und ideologisches Niveau“ mittels einer „straffe[n] Leitung durch die Chefredakteure sowie eine[r] kontinuierliche[n] Beratung und Unterstützung durch die medizinisch-wissenschaftlichen Fachgesellschaften“ gerecht zu werden (Matthes et al. 1981: 274), wie sie

²⁵ Bis 1971 fand sich auf dem Deckblatt der Zeitschrift noch der Hinweis auf die Mitwirkung zahlreicher Fachvertreter, darunter auch westdeutscher. Diese waren häufig ehemalige Mitarbeiter Karl Bonhoeffers: Walter Betzendahl (Kiel), Heinrich Scheller (Würzburg), Heinrich Christel Roggenbau (Wiesbaden), aber auch die in der DDR verbliebenen Johannes Suckow (Dresden), Hanns Schwarz (Greifswald) und Müller-Hegemann (Leipzig). Es liegt nahe, dass mit dem Ausscheiden Müller-Hegemanns hier aus o.g. Gründen ein Bruch vollzogen wurde, so dass sie nicht mehr erwähnt wurden.

²⁶ BStU, MfS, AIM, Nr. 8249/87, Teil I. H.A.F. Schulze

in der Rahmenordnung für die Arbeit der Redaktionskollegien vom 21.12.1976 gefordert wurden.

Die Fachzeitschrift an der Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft

Letztlich stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten dem Staat zur Verfügung standen, an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft einzuwirken. Hier muss zunächst grundsätzlich zwischen einer fachlichen und einer (öffentlichen) gesellschaftlichen Ebene unterschieden werden, auf denen über bestimmte Themen diskutiert oder eben nicht diskutiert werden konnte (Teitge/Kumbier 2015). Themen wie die Suizidforschung z.B. unterlagen staatlicherseits erheblichen Beschränkungen, was vor allem die Veröffentlichung der Ergebnisse betraf.²⁷ An der Schnittstelle beider Ebenen wachten die Herausgeber über die Einhaltung der politischen Vorgaben, wobei hier vor allem den Fachgesellschaften eine wichtige Rolle zukam. Mit dem Erstarken des Führungsanspruchs der SED nach der Staatsgründung 1949 war eine Neuausrichtung der Wissenschaft propagiert worden, die auf dem Boden des Marxismus-Leninismus etabliert werden sollte (Malycha 2005).

Für die erste Dekade des Erscheinens der Zeitschrift zeigt sich das insbesondere in der Propagierung des Pawlowismus, der seinen Höhepunkt in den 1950er Jahren hatte (vgl. hierzu Busse 1998). Pawlows Lehre wurde instrumentalisiert, indem sie mit den Anschauungen des dialektischen Materialismus in einen inhaltlichen Zusammenhang gestellt wurde und damit zur Verbreitung und Akzeptanz der Anschauungen des Marxismus-Leninismus beitragen sollte. Die Ausgestaltung der DDR nach sowjetischem Vorbild war eines der erklärten Ziele des III. Parteitags der SED im Jahre 1950. In Bezug auf die Wissenschaftsgemeinschaft bedeutete dies eine Ausrichtung, bei der den „Errungenschaften der Sowjetwissenschaften“ im besonderen Maße Rechnung getragen werden sollte (Ernst 1997). Dass Mette dieser Aufgabe nachkam, lässt sich anhand der Veröffentlichungspraxis in der Fachzeitschrift nachweisen (Teitge/Kumbier 2015).

²⁷ Zur medizinischen Suizidforschung in der DDR und der Tabuisierungspolitik der DDR siehe Grashoff (2006). Hier wird auch das Beispiel eines Manuskriptes von Helmut F. Späte (geb. 1936) erwähnt, das 1980 in der „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ abgelehnt worden war, da es konkrete Angaben zur Suizidhäufigkeit enthielt, und dessen Veröffentlichung deshalb auch in anderen Fachzeitschriften unterbunden wurde.

Das sukzessive Abklingen der Pawlow-Diskussion in der UdSSR nach Stalins Tod 1953 lässt sich verzögert auch für die Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ nachweisen. Zudem bemühten sich die Herausgeber insbesondere in den ersten Jahren des Bestehens der Zeitschrift, den politisch gewünschten Wissenschaftsdialog mit ihren sowjetischen Kollegen zu intensivieren. Bereits 1949 erschienen Zusammenfassungen der Artikel auch in russischer Sprache (Teitge 2013). Der ebenfalls staatlicherseits geäußerte Anspruch, vorwiegend auf die Erkenntnisse von Wissenschaftlern aus den sozialistischen Ländern und insbesondere der Sowjetunion zurückzugreifen, lässt sich nach Auswertung der in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträgen und der dort zitierten Literatur über den gesamten Zeitraum des Erscheinens aber nicht erkennen (Teitge/Kumbier 2015).

Resümee

Nach dem Zweiten Weltkrieg wollten sich die neuen Machthaber in der SBZ auch in der Wissenschaft gegenüber den anderen Besatzungsmächten profilieren. Nach der Neugründung war die Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ die einzige für den Fachbereich der Psychiatrie und Neurologie in der DDR und sollte in Konkurrenz zu westdeutschen stehen. Ihr Wirkungskreis blieb jedoch weitgehend auf die DDR beschränkt.

In der personellen Auswahl der Herausgeber und Redaktionsleiter wird die politische Einflussnahme deutlich, die durch eine enge Verzahnung zwischen der Fachgesellschaft für Psychiatrie und Neurologie und der Schriftleitung der Fachzeitschrift gewährleistet werden sollte und schließlich in die Gründung eines Redaktionskollegiums mündete. Die für die Fachzeitschrift hauptverantwortlichen Redakteure agierten dabei an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft. In den 1950er Jahren zeigt sich die Einflussnahme seitens des Staates und der Partei auf die inhaltliche Ausrichtung der Fachbeiträge am Beispiel des Pawlowismus, der in einem direkten Zusammenhang mit dem dialektischen Materialismus gebracht und als Erklärungsansatz für alle Naturwissenschaften angewandt werden sollte.

Gemessen am Publikationsaufkommen in „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ ist die Durchschlagskraft ideologisch besetzter Inhalte allerdings als vorübergehendes Phänomen in den 1950er Jahren einzustufen. Auf der anderen Seite unterlagen bestimmte Themen wie die Suizidforschung erheblichen Beschränkungen. Da die hohe Suizidrate in der DDR der marxistisch-leninistischen Ideologie widersprach,

wurden entsprechende Statistiken seit 1963 nicht mehr veröffentlicht und deren Geheimhaltung in den 1970er Jahren nochmals verschärft (Grashoff 2006).

Literatur

- Anonymous (1975): Mitteilungen der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR. Psychiatr Neurol Med Psychol (Leipz) 27:500–501
- Anonymous (1979): Redaktion: Mitteilungen der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR. Psychiat Neurol Med Psychol (Leipz) 31:319
- Anonymous (1978): Redaktion: Personalia. Psychiat Neurol Med Psychol (Leipz) 30:690
- Bernhardt, Heike / Lockot, Regine (Hrsg.) (2000): Mit ohne Freud - Zur Geschichte der Psychoanalyse in Ostdeutschland. Psychosozial-Verlag, Gießen
- Borchard, Klaus (1999): Opfer nationalsozialistischen Unrechts an der Universität Bonn : Gedenkstunde anlässlich der 60. Wiederkehr der Reichspogromnacht. Bouvier, Bonn
- Busse, Stefan (1998): „Von der Sowjetwissenschaft lernen“: Pawlowismus und Psychologie. Psychol Geschichte 8:150–173
- Ernst, Anna-Sabine (1997): „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“: Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961. Waxmann, Münster New York München
- Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 24, 19. April 1962: Verordnung über die Herausgabe und Herstellung aller periodisch erscheinenden Presseerzeugnisse vom 12. April 1962.
- Grashoff, Udo (2006): „In einem Anfall von Depression ...“. Selbsttötungen in der DDR. Ch. Links, Berlin
- Haaß, Karl (2002): Anmerkungen zu Wladimir Lindenberg's fachwissenschaftlichen Veröffentlichungen. In: Kapp, Dietrich / Lindenberg, Wladimir / Wladimir-Lindenberg-Gesellschaft (Hrsg.), Festschrift zum 100. Geburtstag von Wladimir Lindenberg am 16. Mai 2002. Wladimir-Lindenberg-Ges., Berlin, S. 61–62
- Holzweißig, Gunter (1999): Kaum Freiräume, aber Pannen: Zeitschriften unter Kuratel von Partei und Staat. In: Barck, Simone (Hrsg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“: Zeitschriften in der DDR. Links, Berlin, S. 535–539
- Jütte, Bettina (1999): Lizenzen und Listen: Grundlagen staatlicher Zeitschriftenpolitik in der SBZ. In: Barck, Simone (Hrsg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“: Zeitschriften in der DDR. Links, Berlin, S. 560–568
- Kasack, Wolfgang (1987): Schicksal und Gestaltung: Leben und Werk Wladimir Lindenberg's. Reinhardt, München Basel
- Leonhard, Karl / Mette, Alexander / Müller-Hegemann, Dietfried (1959): Erklärung der Herausgeber. Psychiat Neurol Med Psychol (Leipz) 11:289
- Leonhard, Karl / Schulze, Heinz A. F. / Rennert, Helmut et al. (1972): An unsere Autoren, Abonnenten und Leser. Psychiat Neurol Med Psychol (Leipz) 24: ohne Seitenzahl
- Links, Christoph (2010): Das Schicksal der DDR-Verlage: die Privatisierung und ihre Konsequenzen. Links, Berlin
- Malycha, Andreas (2005): Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990. Ansätze zu einer Gesamtsicht. In: Burrichter, Clemens / Diesener, Gerald (Hrsg) Reformzeiten und Wissenschaft. Akademische Verlagsanstalt Leipzig, S. 181–205

- Matthes, Theodor / Spaar, Horst / Rohland, Lothar (1981): Die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR : Geschichte – Funktion – Aufgaben. Verlag Volk und Gesundheit, Berlin
- Neumärker, Klaus-Jürgen (2008) Karl Leonhard (1904–1988): Psychiater und Neurologe an der Charité in Berlin. *Nervenheilkunde* 27:327–333
- Rohland, Lothar / Spaar, Horst (1973): Die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR: Geschichte, Funktion und Aufgaben. Verlag Volk und Gesundheit, Berlin
- Steinberg, Holger / Weber, Matthias M. (2011): Vermischung von Politik und Wissenschaft in der DDR. Die Untersuchung der Todesfälle an der Leipziger Neurologisch-Psychiatrischen Universitätsklinik unter Müller-Hegemann 1963. *Fortschr Neurol Psychiatr* 79:561–569
- Süß, Sonja (1998): Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR. Ch. Links Verlag, Berlin
- Teitge, Marie (2013): Die Nervenheilkunde in der DDR im Spiegel der Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ (1949–90). Rostock, Univ., Med. Fak., Diss.
- Teitge, Marie / Kumbier, Ekkehardt (2015): Zur Geschichte der DDR-Fachzeitschrift Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie (1949–1990). *Nervenarzt* 86:614-23
- Wendt, Harro (1970): Herrn Prof. Dr. Müller-Hegemann zum 60. Geburtstag. *Psychiat Neurol Med Psychol (Leipzig)* 22:240

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von Peer Pasternack
für das Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Redaktion: Daniel Hechler

Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg, Collegienstraße 62, D-06886 Wittenberg
<http://www.diehochschule.de>

Kontakt:

Redaktion: Tel. 03491/87 62 090, Fax: 03491/466 255;

eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Vertrieb: Tel. 03491/466 254, Fax: 03491/466 255, eMail: institut@hof.uni-halle.de

ISSN 1618-9671, ISBN 978-3-937573-48-9

Die Zeitschrift „die hochschule“ versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung. Als Beihefte der „hochschule“ erscheinen die „HoF-Handreichungen“, die sich dem Transfer hochschulforscherischen Wissens in die Praxis der Hochschulentwicklung widmen.

Artikelmanuskripte werden elektronisch per eMail-Attachment erbeten. Ihr Umfang soll 25.000 Zeichen nicht überschreiten. Für Rezensionen beträgt der Maximalumfang 7.500 Zeichen. Weitere Autoren- und Rezensionshinweise finden sich auf der Homepage der Zeitschrift: <http://www.diehochschule.de> >> Redaktion.

Das Institut für Hochschulforschung (HoF), 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (www.hof.uni-halle.de). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird geleitet von Peer Pasternack.

Als Beilage zu „die hochschule“ erscheint der „HoF-Berichterstatter“ mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg. Daneben publiziert das Institut die „HoF-Arbeitsberichte“ (http://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm) und die Schriftenreihe „Hochschulforschung Halle-Wittenberg“ bei der Akademischen Verlagsanstalt Leipzig. Ein quartalsweise erscheinender eMail-Newsletter kann abonniert werden unter <http://lists.uni-halle.de/mailman/listinfo/hofnews>.

Coverabbildung: Sieghard Liebe: Schöna, Dezember 1984 (Ausschnitt). Entnommen dem Bildband: Sieghard Liebe, AnSprüche eines DDR-Jahrzehnts. Fotografien im Widerspruch zum Lösungsalltag, Centaurus Verlag, Freiburg 2011 m. frdl. Genehm. d. Verlags

Ein Vierteljahrhundert später Zur politischen Geschichte der DDR-Wissenschaft

Daniel Hechler, Peer Pasternack:

Unerschöpftes Thema. Das DDR-Wissenschaftssystem post mortem 6

Anita Krätzner-Ebert:

Der Mauerbau und die Universitäten der DDR 12

Elise Catrain:

Hochschule im Überwachungsstaat. Struktur und Aktivitäten des
Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität
Leipzig (1968/69–1981) 24

Johannes Keil:

Militär(finanzökonomie) an der Universität. Eine Überlebensstrategie
der Wirtschaftswissenschaften der DDR-Humboldt-Universität 34

Thomas Klemm:

„Die ästhetische Bildung sozialistischer Persönlichkeiten“.
Institutionelle Verflechtungen der Kunstlehrausbildung
an den Hochschulen in der DDR 48

Peer Pasternack:

Soziologie im Industrieviertel. Arbeitssoziologische Forschung an
der Universität Halle-Wittenberg 1963–1989 62

Ulrich Wobus:

Das Institut Gatersleben 1943–1990. Eine außeruniversitäre
Forschungseinrichtung zwischen Selbstbestimmung und
politischer Lenkung 78

Marie Teitge, Ekkehardt Kumbier:
Medizinisches Publizieren als Politikum. Zur Entstehungsgeschichte
der Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“
in der SBZ/DDR.....89

Krijn Thijs:
Die Dreiecksbeziehungen der Fachhistoriker. Überlegungen über
den Umbruch in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft.....101

Daniel Hechler, Peer Pasternack:
»... nicht uninteressanter als andere Dinge auch«. Zeitgeschichte
der ostdeutschen Hochschulen aus der Sicht ihrer Akteure114

FORUM

Ulrich Müller, Lukas Bischof:
Über die Grenzen des traditionellen Hochschulverständnisses.
Plädoyer für einen „erweiterten Hochschulbegriff“ 132

Gangolf Braband:
Ein günstiges Zeitfenster. Die Gründung der Universität Luxemburg
und der Einfluss internationaler Entwicklungen im Hochschulbereich144

PUBLIKATIONEN

Rezension: Jürgen Kaube: Im Reformhaus.
Zur Krise des Bildungssystems (*Daniel Hechler*)157

Peer Pasternack, Daniel Hechler, Tim Hutschenreuter:
Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen
in Ostdeutschland seit 1945.....161

Autorinnen & Autoren.....185

Autorinnen & Autoren

Lukas Bischof, Dipl. Psych., Projektleiter bei der CHE Consult GmbH, Berlin. eMail: lukas.bischof@che-consult.de.

Gangolf Braband, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Forschungseinheit „Identités. Politiques, Sociétés, Espaces“ (IPSE) an der Universität Luxemburg. eMail: gangolf.braband@uni.lu

Elise Catrain, Dr. phil., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin. eMail: Elise.Catrain@bstu.bund.de

Daniel Hechler M.A., Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Tim Hutschenreuter M.A., Soziologe, Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: tim.hutschenreuter@hof.uni-halle.de

Anita Krätzner-Ebert, Dr. phil., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Bildung und Forschung“ des BStU. eMail: anita.kraetzner-ebert@bstu.bund.de

Johannes Keil, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: johannes.keil@hof.uni-halle.de

Thomas Klemm, Dr. phil., freiberuflicher Kunstwissenschaftler und Ausstellungsmacher in Leipzig. eMail: post@thomasklemm.com

Ekkehardt Kumbier, PD Dr. med. habil., Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universitätsmedizin Rostock. eMail: ekkehardt.kumbier@uni-rostock.de

Ulrich Müller M.A., Erziehungswissenschaftler, Leiter politische Analysen im Centrum für Hochschulentwicklung, Gütersloh. eMail: ulrich.mueller@che.de.

Peer Pasternack, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; <http://www.peer-pasternack.de>

Marie Teitge, Dr. med., Universitätsmedizin Rostock. eMail: marie_teitge@web.de

Krijn Thijs, Dr. phil., Historiker, Duitsland Instituut Amsterdam, Universiteit van Amsterdam, Leibniz Summer Fellow 2015 am Zentrum für Zeithistorische Forschungen Potsdam. eMail: k.thijs@uva.nl

Ulrich Wobus, Prof. Dr. rer. nat. habil., 1992–2007 Geschäftsführender Direktor des Leibniz-Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben. eMail: ulrich.wobus@googlemail.com